

## Beschluss des Schleswig-Holstein-Tages am 03. und 04. November 2012

### **Prinzipien beachten – gerade in Zeiten der Krise**

Die europäische Integration hat uns eine jahrzehntelange Epoche des Friedens und des Wohlstands beschert. Ein Europa der Schlagbäume ist vor allem für junge Menschen nicht mehr vorstellbar. In dem Wissen darum, dass sich auch die Konstrukteure der Währungsunion dem Ziel eines europäischen Friedens- und Freiheitsraums verpflichtet fühlten, zeigt sich die Junge Union Schleswig-Holstein besorgt über die wachsenden Spannungen angesichts der Staatsschuldenkrise. Gleichzeitig müssen gerade angesichts der Unüberschaubarkeit der Vorgänge, die abschließende Urteile nicht nur für den Wähler, sondern auch für die handelnden Akteure nahezu unmöglich macht, jene einfachen Prinzipien betont werden, deren Missachtung als Auslöser der Krise klar zu erkennen ist.

Mit großen Bedenken nimmt die Junge Union Schleswig-Holstein zur Kenntnis, dass sich Deutschland mit einem Haftungspegel von mehr als 700 Mrd. Euro<sup>1</sup> längst in einer Haftungsunion befindet. Hierbei wird der Zusammenhang zwischen Haftung und Risiko durchbrochen: Kreditinstitute müssen riskante Investitionen nicht in voller Höhe abschreiben, überschuldete Staaten werden vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet. Wo aber dem Kreditgeschäft das Risiko genommen wird, werden Anreize zur weiteren Schuldenaufnahme gesetzt. Die Ursache der Krise wird damit weiter verschärft. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert die Politik aller Mitgliedstaaten der Währungsunion daher dazu auf, langfristig auf ein System der nationalen Haushalte und Finanzmärkte hinzuwirken, in dem die Systemrelevanz von Akteuren den Mechanismus von Haftung und Risiko nicht länger außer Kraft setzen kann. Hilfen bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten dürfen allenfalls bei Erfüllung sämtlicher im Vorfeld feststehender Auflagen gewährt werden. In einem marktwirtschaftlichen Europa müssen in letzter Konsequenz auch Banken und Staaten insolvent gehen können.

---

<sup>1</sup> Quelle: CES ifo Group Munich (Stand: 05.10.2012), <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Haftungspegel.html> (abgerufen am 11.10.2012)

30 Einen rein geldpolitischen Ausweg aus der Staatsschuldenkrise lehnt die Junge Union  
31 Schleswig-Holstein ab und spricht sich klar für ein Ende der unbegrenzten Anleihekäufe  
32 durch die EZB aus. Schließlich verfehlt die EZB hierdurch nicht nur ihre primäre Aufgabe  
33 der Wahrung der Geldwertstabilität. Vielmehr wird erneut das Verursacherprinzip  
34 durchbrochen: Anstelle von grundlegenden Strukturreformen „entwerten“ die Staaten ihre  
35 Verschuldung durch Inflation auf Kosten der privaten Vermögen. Die Junge Union  
36 Schleswig-Holstein fordert die EZB daher mit Nachdruck zu einer Rückkehr zu ihrem  
37 Mandat und den bewährten geldpolitischen Grundsätzen der Bundesbank auf. Die  
38 Unabhängigkeit einer Zentralbank bedeutet nicht, dass sich diese über ihr gesetzte  
39 Verbote hinwegsetzen kann.

40

41 Unbegrenzte Anleihekäufe durch die EZB sind dabei nur ein Rechtsbruch in der Krise unter  
42 vielen anderen. Bereits die Entstehung der Staatsschuldenkrise wäre bei Einhaltung der  
43 klaren vertraglichen Vorgaben nicht denkbar, hat doch z.B. Griechenland zu keinem  
44 Zeitpunkt die Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht erfüllt. Auch Deutschland  
45 kultivierte unter Finanzminister Eichel den Rechtsbruch und setzte sich schlicht über die  
46 vertraglich vereinbarten haushaltspolitischen Grundsätze hinweg. Schließlich bilden auch  
47 die Rettungsschirme als Verstoß gegen die Nichtbeistands-Klausel einen Bruch der  
48 europäischen Verträge. Bei einer derartigen Missachtung des Rechts stellt sich die Frage,  
49 wie Hilfszahlungen künftig noch an Auflagen geknüpft werden können. Für die Junge  
50 Union Schleswig-Holstein steht fest, dass gerade in Zeiten der Krise, in der der  
51 Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns nicht zuletzt eine entschleunigende Wirkung  
52 zukommt, der rechtliche Rahmen eingehalten werden muss. Rechtsbruch bildet die  
53 entscheidende Ursache der Staatsschuldenkrise, nicht deren Lösung.

54

55 Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt die Entscheidungen des  
56 Bundesverfassungsgerichts zur Stärkung der Rechte des Bundestages. Angesichts der  
57 enormen Haftungsrisiken müssen die wesentlichen Entscheidungen unmittelbar von  
58 einem demokratisch legitimierten Parlament und nicht von intransparenten Direktorien  
59 getroffen werden. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher, dass finanzwirksame  
60 Entscheidungen der Rettungsschirme ESM und EFSF über einen Parlamentsvorbehalt auch

- 61 weiterhin vom gesamten Plenum und nicht etwa allein durch den Haushaltsausschuss  
62 beschlossen werden müssen.